

Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.:	VO/2169/2013	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	19.03.2013	
	Eingang:	19.03.2013	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:		Stadtverordnetenversammlung Marburg	

**Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr.
Inbetriebnahme der Anlage zur Partikeltherapie auf den Marburger
Lahnbergen**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert mit Nachdruck, dass die Anlage zur Partikeltherapie am Universitätsklinikum baldmöglichst in Betrieb genommen wird.

Sie kritisiert, dass die Landesregierung im „Letter of intent“ vom Januar dieses Jahres die abgelaufene Frist bis zur Inbetriebnahme ohne Not bis in das Jahr 2014 verlängert hat.

Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass diese Verschiebung auf einen Zeitpunkt nach dem Wahltermin für die Landtagswahl in Wahrheit den Abschied des Landes von der Partikeltherapie bedeutet.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in Gesprächen mit der Firma Siemens (dem derzeitigen Eigentümer der Anlage), der Rhön-Klinikum AG, dem UKGM, und der Universität das Vorhaben eines Abbaus der Anlage auszuschließen und auf eine klare Entscheidung für eine baldige Inbetriebnahme hinzuwirken.

Der Magistrat wird ersucht, auch in diesem Sinne tätig zu werden.

Begründung:

Die Partikeltherapie ist eine wichtige zukunftsweisende Therapie, die bei einigen Tumorerkrankungen die bevorzugte Behandlungsform darstellt, auch wegen der gezielteren Behandlung und der geringeren Nebenwirkungen und Spätfolgen. Deshalb werden langfristig viele Hoffnungen in diese Therapie gesetzt.

Sie kann möglicherweise auch für andere Tumorerkrankungen einen Vorteil gegenüber der konventionellen Behandlung mit Operation, Chemo- und Strahlentherapie bedeuten. Die Erfahrungen der Partikeltherapie in Heidelberg deuten in diese Richtung.

Die im Kaufangebot für die Übernahme des Universitätsklinikums von der Rhön-Kliniken AG angebotene und favorisierte Anlage in Marburg bedeutet zudem einen Gewinn für den Wissenschaftsstandort Marburg. Angesichts der Möglichkeiten, die in der Partikeltherapie liegen, ist eine systematische Erforschung im Rahmen klinischer Studien sinnvoll. Dazu bietet sich der onkologische Schwerpunkt am Universitätsklinikum besonders an.

Eine Zusammenarbeit des Marburger Zentrums mit dem Heidelberger, das technisch ähnlich ausgestattet ist, könnte dazu beitragen, fehlende Erfahrungen, erforderliche technische Anpassungen und die wissenschaftliche Evaluation weiter zu führen, zum Wohle der Patientinnen und Patienten.

Die derzeitige Situation in Marburg bedarf einer schnellen Klärung. Die Fa. Siemens, der die Partikeltherapie in Marburg vom Rhön-Klinikum zurück übertragen wurde, nutzt diese zur Vorbereitung der Inbetriebnahme einer baugleichen Einrichtung in Shanghai. Dieser Prozess soll im September abgeschlossen sein. Um zu verhindern, dass die Firma Siemens nach der Nutzung der Anlage für diese Transaktion, die Partikeltherapie in Marburg wie bereits in Kiel, abbaut, ist es also äußerst dringlich, dass vorher eine klare unumkehrbare Entscheidung getroffen wird.

Der Landesregierung dürfte dieser Zeitplan bekannt sein. Umso verwunderlicher ist die Entscheidung der Wissenschaftsministerin, dem Rhönklinikum bis Ende des Jahres Zeit für einen Vorschlag zu lassen. Es besteht dringlicher Handlungsbedarf.

**Dr. Christa Perabo
Angela Dorn**

**Steffen Rink
Thorsten Büchner**